



Fraktionspapier EKR

Name: Fraktion „Europäische Konservative und Reformier“

Größe: 74 EP-Abgeordnete; mit 9,3 Prozent der Sitze drittgrößte Fraktion im EP

Zusammensetzung: 18 politische Parteien aus 16 Mitgliedsländern

5 Internet-Seite: www.ecrgroup.eu

Die EKR wurde in Folge der Europawahl 2009 als neue Fraktion gegründet. Sie geht auf eine Initiative der britischen Conservative Party („Tories“) und der tschechischen konservativen ODS (Demokratische Bürgerpartei) zurück, die in der Legislaturperiode 2004-2009 der größten konservativen Fraktion, der damaligen EVP-ED (Fraktion der Europäischen Volkspartei und der Europäischen Demokraten) angehört hatten, aber zu wenig Einfluss auf die Politik der Gesamtfraktion beklagten. Mit ihnen verbündeten sich die Abgeordneten der polnischen PiS (Recht und Gerechtigkeit) und weitere einzelne Abgeordnete, die in der Legislaturperiode 2004-2009 alle der inzwischen aufgelösten konservativen Fraktion „Allianz für ein Europa der Nationen“ angehört hatten. Grundlegende Gemeinsamkeit ist die Skepsis gegenüber der EU in ihrer gegenwärtigen Form. Vorsitzender ist Syed Kamall aus dem Vereinigten Königreich.

GRUNDÜBERZEUGUNGEN

Wir sind ein Zusammenschluss von Abgeordneten der konservativen Mitte, die wirtschaftsliberale, christliche und nationalkonservative Ideen vereinigen. Wir wissen um die Kraft des freien Marktes und Handels als wichtigste Impulsgeber für Freiheit und Wohlstand des Einzelnen, aber auch um dessen Verantwortung. Daher fordern wir die Beseitigung der letzten Handelsschranken in der EU und kämpfen gegen ihre Überregulierung und Bürokratie, für mehr politische Transparenz und für Respekt und Gleichberechtigung zwischen allen Mitgliedstaaten, ob groß oder klein, neu oder alt.

Was uns jedoch vor allem eint, ist unsere Vision von Europa. Wir sagen „Ja“ zur europäischen Zusammenarbeit, sind jedoch realistisch genug, anzuerkennen, dass ihre Zukunft nicht in dem europäischen Superstaat liegen kann, zu dem sich die EU gegenwärtig entwickelt. Die verschiedensten Interessen der zahlreichen Mitgliedstaaten widersprechen sich oft zwangsweise aufgrund anderer kultureller Ideologien oder schlicht unterschiedlicher Vorbedingungen. Sich dem Diktat der EU-Bürokratie zu unterwerfen ist selten effizient oder produktiv. Die Idee einer immer weiter fortschreitenden europäischen Integration, welche die europäische Politik der vergangenen 50 Jahre bestimmt hat, gibt keine Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

Tatsächlich ist die EU durch diese Politik in ihre bisher schwerste Krise geraten. Wenn sie wieder Fahrt aufnehmen will, das Vertrauen der Bürger und das Ansehen in der Welt



zurückgewinnen will, muss sie sich gravierend ändern. Wir fordern deshalb ein alternatives Europa, eine gleichberechtigte Gemeinschaft europäischer Nationalstaaten, die miteinander kooperieren, jedoch auch souverän und in eigenem Interesse handeln können.

TERRORISMUSBEKÄMPFUNG

Derzeit ist die EU mit gewaltigen Problemen konfrontiert: Terroranschläge, Waffen-, Drogen- und Menschenhandel, sexuelle Ausbeutung, Cyberkriminalität, Angriffe auf wichtige Infrastrukturen, organisiertes Verbrechen über Ländergrenzen hinweg und politische Umwälzungen und Konflikte an den Türen Europas. Noch nie war es für die EU und ihre Mitgliedstaaten wichtiger eine koordinierte, auswärts gerichtete, funktionierende und kommunikative Sicherheitspolitik zu etablieren.

Schnelleres Verstehen und ein effizienterer Austausch von Informationen innerhalb der EU-Mitgliedstaaten sind in der Vorbeugung von Terrorangriffen und organisierter Kriminalität unerlässlich. Die sich ändernde Natur des Terrorismus von zentral organisierten kriminellen Gruppen zu mobilen gut ausgerüsteten und individuellen Zellorganisationen bedeutet, dass Justizbehörden Ressourcen, Expertise und die Geschwindigkeit und Effizienz beim Datenaustausch und der Kommunikation über Grenzen hinaus priorisieren werden müssen.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben eine gemeinsame Verantwortung dafür, die Sicherheit und Freiheit europäischer Bürger zu sichern und dies durch angemessene Maßnahmen zu gewährleisten. Die Sicherheitspolitik der EU muss die neue internationale Natur moderner Kriminalität widerspiegeln. Es ist jedoch wichtig, dass die neue Sicherheitsstrategie der EU auf den Prinzipien der Subsidiarität, der Verhältnismäßigkeit, dem Respekt vor dem Gesetz, der Demokratie, den Grundrechten und der Orientierung an nationalen Strafrechtssystemen basiert.

MASSNAHMEN ZUR TERRORISMUSBEKÄMPFUNG

1. Der Kampf gegen Radikalisierung: Die EKR betont die dringende Notwendigkeit der Vorbeugung von Radikalisierung und dem Einsatz von De-Radikalisierungsmaßnahmen durch Ermächtigung und Zusammenarbeit mit Gemeinschaften und Zivilgesellschaften auf nationaler und lokaler Ebene, um die Ausbreitung von extremistischen Ideologien zu verhindern. Die Europäische Kommission sollte Initiativen starten, um die Hintergründe von Radikalisierung bereits im Anfangsstadium zu bekämpfen.
2. Online-Rekrutierung bekämpfen: Terroristen organisieren sich zunehmend über das Internet, und bedienen sich Kommunikationstechnologien, um ihre Angriffe zu planen und Propaganda zu verbreiten. Internet, soziale Netzwerke und Medienunternehmen müssen mit Regierungen und Strafverfolgungsbehörden zusammenarbeiten, um dieses Problem zu bekämpfen, dabei aber Rede- und Meinungsfreiheit, sowie Privatsphäre respektieren.



3. Bedrohung durch „foreign fighters“ eindämmen: Wir müssen verhindern, dass EU-Bürger in andere Länder reisen können, um terroristische Aktivitäten zu planen, durchzuführen oder in deren Durchführung trainiert zu werden. Solche Personen stellen ein Risiko für andere Länder, aber vor allem für die innere Sicherheit der EU dar.
80
4. Cybercrime: Die Verbreitung von Terrorismus wird durch den Gebrauch des Internets und sozialer Medien vereinfacht, was die Struktur und die Methoden terroristischer Netzwerke komplizierter macht.
5. Wir unterstützen die Stärkung von Europol, sprechen uns aber klar gegen ein „europäisches FBI“ aus. Europol sollte weiter als Drehkreuz zum Informationsaustausch und zur Zusammenarbeit unserer nationalen Strafverfolgungsbehörden fungieren.
85
6. Grenzkontrollen welche funktionieren: Mitgliedstaaten müssen der Bewegung von Terroristen vorbeugen, indem sie auswärtige Grenzkontrollen verstärken, Reisedokumente systematischer und effizienter überprüfen und illegalen Waffenhandel bekämpfen.
90
7. Kriminelle und terroristische Förderung abschneiden: Europäische Agenturen und nationale Strafverfolgungsbehörden müssen die Hauptquellen zur Förderung terroristischer Organisationen bekämpfen. Gegen diese Quellen, worunter Geldwäsche, Menschenhandel und illegaler Waffenhandel fallen, fordern wir die vollständige Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften in diesem Bereich.
95
8. Bessere Umsetzung der bestehenden Maßnahmen: Wir fordern eine wirksamere operative Zusammenarbeit und einen besseren Austausch von Informationen zwischen den Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten und den EU-Agenturen wie Europol. Wir unterstützen auch eine bessere Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen den bestehenden EU-Agenturen, einschließlich Europol und FRONTEX.
100